

BÜCHER AUS GROSSBRITANNIEN

Graham Mather

Großbritannien in Europa

Großbritannien leidet an einer Vertrauenskrise. Nicht das strahlende Großbritannien des Blairismus und der Medien – dem geht es gut. Auch die Geschäftswelt, die City, die Kunst und die Wissenschaft florieren. Nein, es handelt sich um etwas anderes: Das Großbritannien, das mit dem Begriff „Mittelengland“ gemeint ist.

Peter Hitchens hat ein tiefes Unbehagen zu Tage gefördert, das dort vor sich hin schwelt, von den Gurus bislang völlig unbemerkt. Diejenigen, die außerhalb Londons auf dem Land und in den Dörfern leben, die Senioren, Pensionäre, Landwirte, Grundbesitzer und Sportbegeisterten, fühlen sich nicht wohl. Sie glauben, dass es ihnen im „neuen“ Großbritannien an den Kragen gehen soll.

Aus ihren Bedenken über den Verfall von Sitte und Moral, den Verlust der Traditionen und Werte, die Amerikanisierung, Europäisierung, Dezentralisierung und den Wandel hat Hitchens ein gewichtiges Kompendium der Unzufriedenheit und Enttäuschung zusammengestellt. Sein Buch hat die Vordenker und Journalisten der Linken aufgerüttelt, deren Reaktion von Erstaunen, Empörung und Beleidigungen bis hin zu Polly Toynbees nüchterner Überlegung reichte, er habe „die wahren Fronten der heutigen Politik viel besser beschrieben als mancher Versuch, den nur schwer greifbaren Dritten Weg zu erklären“.

Dabei hat sein Buch gerade erst jetzt diejenigen Gruppen erreicht, denen es am meisten zu sagen hat, nämlich die Enttäuschten und die konservativen Politiker. Beide fühlen sich durch den Blairismus

■ Peter Hitchens, *The Abolition of Britain*, Quartet Books, 1999.

nicht nur von der Macht ausgeschlossen, sondern von jeglicher Bedeutung; selbst aus der Sprache der Ideen fühlen sie sich verbannt.

Nach den Worten des konservativen Denkers David Willetts sind Tony Blairs immense Erfolge bei der Eroberung von Parlamentssitzen darauf zurückzuführen, dass er gleichermaßen massive Teile des politischen Vokabulars für sich beanspruchen konnte. Sein Marsch durch die britischen Institutionen, seine Art, von einer hohen moralischen Warte herab die Rolle des Neuerers zu spielen und sein Selbstvertrauen bei der Vergabe von Pfründen – all das schreckt seine Gegner.

Und dennoch gibt es keinen Grund zur Panik. Bei näherer Betrachtung beklagt Hitchens lediglich den Verlust einer gemeinsamen Identität im heutigen Großbritannien. Die Unterschiede, die er im Hinblick auf Ansichten, Wünsche und Wandlungsfähigkeit herausstellt, verlangen sämtlich nach einer in sich geschlossenen Doktrin und einem gleichermaßen geschlossenen politischen System.

Es wird bald Wahlen geben, vielleicht bereits Anfang 2001. Jetzt, da die Zeit allmählich drängt, wird die Kluft zwischen der Modernisierungsrhetorik und dem, was New Labour tatsächlich leistet, immer größer. So wurde zwar mit der Reform des Oberhauses begonnen, aber was nach der Abschaffung des erblichen Stimmrechts folgen soll, ist noch nicht klar. Auch mit der Dezentralisierung wurde begonnen, ohne zuvor das Problem der überproportionalen Vertretung von Schottland und Wales im Unterhaus zu lösen.

Im ersten Jahr hat sich New Labour noch um ein Verbot der Fuchsjagd herumgedrückt, aber nachdem der Premierminister in einem langen Fernsehinterview entnervt einen entsprechenden Kommentar abgegeben hatte, legte man sich plötzlich auf einen genauen zeitlichen Ablauf fest. Als sich daraufhin auf dem Land Widerstand regte, vollführte die Politik in dieser Woche eine Drehung um 180 Grad und stellte den Landwirten, die mit schwierigen Marktbedingungen kämpfen, eine Beihilfe von 80 Millionen Pfund in Aussicht. Es wird immer schwieriger, montags vorherzusagen, was die Politik am Freitag bringen werde.

Über das größte aller Probleme, nämlich über das Euro-Referendum, ist zu hören, Tony Blair habe Kollegen gegenüber geäußert, er werde mit seiner Überzeugungsarbeit erst dann beginnen, wenn die Meinungsumfragen zu diesem Thema mindestens fünf Monate lang positive Ergebnisse erbracht hätten.

Die Regierung Tony Blairs ist also weit davon entfernt, wie eine ideologische Dampfwalze unbeirrbar in Richtung Modernisierung zu rollen; vielmehr zeigt sie sich unsicher und unberechenbar. Die Unberechenbarkeit ist der Tatsache zuzuschreiben, dass der Dritte Weg keinerlei Grundlagen für die Entscheidung liefert, ob man bei politischen Problemen die Lösung dem Staat oder dem Markt überlassen solle. Die Unsicherheit wiederum resultiert daraus, dass Labour versucht, den Problemen, die sich bei der Regierung des Landes ergeben, mit hierfür völlig ungeeigneten Wahlkampfaktiken zu begegnen. Die Labour Party hat ihren Sitz jetzt in Whitehall, aber von ihrer Einstellung her befindet sie sich immer noch in der eine Meile entfernten Wahlkampfzentrale in Millbank.

Das Hin und Her bei Labour ist eine Folge der notorischen Abhängigkeit der Partei von dem Feedback, das sie von einzelnen wichtigen Gruppen erhält. Mittelengland murrte zwar über die Dezentralisierung, ist aber andererseits auch nicht bereit, anstelle des britischen Parlaments ein englisches Parlament einzurichten. Man protestiert gegen den Bau von Supermärkten anstelle der Dorfläden, ist aber andererseits über die längeren Öffnungszeiten und die niedrigeren Preise alles andere als unzufrieden. Der Mitgliedschaft in der Europäischen Union fühlt man sich verbunden, weigert sich aber andererseits beständig, sich den verschiedenen europäischen Initiativen von Anfang an anzuschließen.

Es ist also nicht wirklich so, dass die Konservativen nur die Wahl hätten zwischen einem in der Erinnerung verklärten Großbritannien, in dem ältere Damen über den Dorfbanger radeln, und einer eigenen Modernisierungsstrategie, die bislang ohnehin noch keine konkreten Formen angenommen hat.

Ganz sicher besteht auf den ersten Blick ein Zusammenhang zwischen dem Mitgliederschwund bei den Tories – bislang etwa 300 000 – und der von

Hitchens erwähnten Gruppe der Enttäuschten. Viele trauern noch Margaret Thatcher nach und fühlen sich von den linkischen Anstrengungen der Gruppe um William Hague verwirrt oder abgestoßen, ein jungliches, dynamisches und „relevantes“ Image zu projizieren. Manche rührt fast der Schlag, wenn sie sehen, wie er in einem für Notting Hill durchaus geeigneten Karnevalsauzug mit Baseballkappe unverdrossen seinen Ursprung in Yorkshire und seine Realschulbildung betont und sich im Wollpullover mit Freunden zusammensetzt. Mit ihrem Durchschnittsalter von weit über 60 Jahren ist die noch verbleibende Mitgliedschaft fürs Modernisieren wohl ungeeignet.

Aber der Schein trügt. Gerade die Thatcherophilen wissen, dass der Erfolg des Konservatismus thatcherscher Prägung auf einer unverhohlenen und zielbewusst durchgeführten Modernisierung beruhte. Der von Margaret Thatcher Mitte der achtziger Jahre durchgeführte Kurswechsel, der größte Bruch in der britischen Politik in diesem Jahrhundert, bescherte der britischen Wirtschaft eine tiefgreifende und nachhaltige Modernisierung.

Aber warum wurden dann das Gesundheits- und Sozialwesen sowie die Verfassung nicht auch nach thatcheristischen Maßstäben modernisiert, als die Eigentumsrechte der Regierung und der Gemeinden wie auch die Sonderrechte der Gewerkschaften abgeschafft und mittelfristige Wirtschaftsstrategien eingeführt wurden?

Die Reformen der Regierung Thatcher wurden durch politische Zwänge in Grenzen gehalten, obwohl die Neigung zu ihrer Ausweitung durchaus vorhanden war. Man fürchtete die politischen Konsequenzen einer Reform des National Health Service („Bei uns ist der NHS in guten Händen!“). Die frühzeitige Verbreitung der ersten Vorstellungen über die Gesundheitsreform durch die Zeitschrift *Economist* machte Labour nervös. Es mangelte nicht an Ehrgeiz, nur an einer passenden Gelegenheit. Und was die Institutionen angeht: Jeder, der während der Amtszeit Margaret Thatchers mit ihr über die Tätigkeit des Oberhauses sprach, war sich bewusst, dass hier ein instinktiver Drang zur Reform frustriert worden war.

Ironischerweise geht im heutigen Klima jede Modernisierungsmaßnahme eher in die konservative Richtung. Die allgemeine Haltung zu Fragen der Kriminalität, der öffentlichen Ordnung, der Arbeitslosenwohlfahrt und der Bildung ist von den liberalen Vorstellungen der sechziger Jahre meilenweit entfernt.

Für William Hague ergibt sich daraus ganz klar die Schlussfolgerung, dass niemand mit einem Wiederaufleben des reizbaren, reaktionären Toryismus (Motto: „Das Land geht vor die Hunde!“) rechnet. Die Unfähigkeit der Labour Party, Tony Blairs moralische Ansprüche mit klaren politischen Richtlinien zu untermauern, ist für Hague eine willkommene Gelegenheit.

Falls es ihm gelingen sollte, eine Doktrin der konservativen Modernisierung der Sozialpolitik zu formulieren, kann er den Blairisten vorwerfen, sie hätten keine greifbaren Leistungen erbracht. Wenn es ihm gelingt, sich über die gedankliche Leere des Dritten Wegs hinwegzusetzen, kann er den Bürgern zur Freude aller – Verbraucher und Modernisierer wie auch Traditionalisten – Rechte an die Hand geben, die sie dem Staat gegenüber auch durchsetzen können.

Wenn es gelingt, ein derartiges in sich schlüssiges politisches Modell für eine konservative Reform zu artikulieren, werden es ironischerweise die alten Anhänger von Margaret Thatcher sein, die sich als erste wieder eine konservative Vorstellung von einem modernen Großbritannien zu eigen machen, zusammen mit denen, die – wie bei Hitchens dargestellt – darüber murren, dass alles verloren sei und die Regierung ihnen an den Kragen wolle.

Während Peter Hitchens aus der Perspektive eines Journalisten beim *Daily Express* den Unmut über die Zukunft Großbritanniens beschreibt, der auf dem Lande um sich greift, präsentiert uns Simon Heffer aus dem Blickwinkel des erfolgreicherer Rivalen *Daily Mail* eine radikalere, anglozentrischere Lösung.

Wie viele andere der hier besprochenen Autoren ist auch Heffer der Ansicht, dass die Engländer unter einer Identitätskrise leiden.

Es ist bekannt, dass der distinguierte amerikanische Außenminister Dean Acheson sich sorgte, Großbritannien habe zwar ein Weltreich verloren, aber bislang noch keine eigene Rolle gefunden. Simon

■ Simon Heffer,
*Nor Shall My Sword – The
Reinvention of England*,
Weidenfeld & Nicholson,
London 1999.

Heffer geht über diesen ungelösten Gegensatz einen Schritt hinaus, indem er sagt, dass in den vierzig Jahren seit jener vernichtenden Bemerkung die Bindungen zwischen England und anderen Teilen Großbritanniens wesentlich lockerer geworden seien.

In Whitehall wie auch bei den eher zukunftsorientierten Think Tanks sind die Vorbereitungen für eine mögliche Unabhängigkeit Schottlands bereits angefallen. Aber Heffers Analyse hat auch so einige Aufmerksamkeit auf sich gezogen, unabhängig davon, ob es den schottischen Nationalisten gelingt, innerhalb des nächsten Jahrzehnts die Unabhängigkeit zu erlangen.

Seine These lautet: „Falls sich die Schotten für die Trennung entscheiden, kann man gar nicht genug betonen, dass es in diesem Fall die wichtigste Aufgabe des englischen Bürgers wäre, sich nicht darüber aufzuregen und stattdessen eine eigene leistungsfähige Regierungsform zu entwickeln.“

Mit ihrer Untersuchung der gemeinsamen politischen und kommerziellen Interessen, die zur Vereinigung beider Länder und zu drei bewegten, aber fruchtbaren Jahrhunderten der Partnerschaft zwischen England und Schottland führten, hat Linda Colley die meisten Intellektuellen unter den britischen Politikern beeinflusst. Ihr Instinkt sagt ihnen, dass diese Verbindung erhalten werden muss, auch wenn man bei den Kosten ein Auge zudrücken müsste, die der Unterhalt Schottlands mit seinen relativ hohen Ausgaben für das Sozialwesen, den sozialen Wohnungsbau und die sich wandelnde Wirtschaft verursacht.

Andererseits ist immer deutlicher zu spüren, dass der englische Nationalismus wiederauflebt, was sich gelegentlich darin ausdrückt, dass die Fans der englischen Fußballmannschaft die englische Flagge mit dem Kreuz des heiligen Georg zeigen. Auffälliger jedoch ist die verbreitete Tendenz, das Fest des heiligen Georg am 23. April zu begehen, wie auch der allgemein wachsende Trend zu einem ausgeprägt englischen Verhalten – ein Element, das bislang unbekümmert als Teil unter das eigene Wesen als Brite oder Bürger des Vereinigten Königreichs subsummiert worden war.

Wie weit aber reicht dieser wiederentdeckte Nationalismus? Meiner Meinung nach ist er nicht ur-

sprünglich, sondern eine eher widerwillige als enthusiastische Reaktion. Die englischen Wähler drücken bei den Geldtransfers nach Schottland ein Auge zu, ganz so, wie die Einwohner von Westminster, Kensington oder Chelsea bislang keine Einwände dagegen erhoben haben, dass ein Teil ihrer Gemeindeabgaben durch ein elaboriertes Lastenausgleichssystem auch anderen Londoner Stadtteilen zugute kommt oder gar Gemeinden, die Hunderte von Meilen entfernt sind.

Aber irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem es so nicht mehr weitergehen kann. Heffer ist der Ansicht, dass der englische Steuerzahler pro Pfund vier Pence weniger zu berappen hätte, wäre Schottland erst einmal unabhängig. Dass Schottland von der Zahl seiner Abgeordneten her im House of Commons überrepräsentiert ist, führt dazu, dass zwar die englischen Abgeordneten keinen Einfluss auf die Beratungen des neuen schottischen Parlaments ausüben können, dass aber andererseits ihre schottischen Kollegen über rein englische Angelegenheiten mit abstimmen können.

Wie Simon Heffer anmerkt, hat der Premierminister in Edinburgh studiert. „In seinem ersten Kabinett waren mit dem Lordkanzler, dem Finanzminister und dem Außenminister drei der vier wichtigsten Staatsämter nach dem Premierminister mit Schotten besetzt; auch der Verteidigungsminister und der Staatssekretär im Finanzministerium waren Schotten. Zwei weitere Kabinettsmitglieder, zu denen selbstverständlich auch der Minister für Schottland gehörte, vertraten schottische Wahlkreise. Die Schotten stellten also ein Drittel aller Kabinettsmitglieder, obwohl nur ein Achtel der Fraktion aus Schottland stammte.“

Simon Heffer zieht daraus den Schluss, all diese Probleme seien nur durch „konstruktiven friedlichen Nationalismus“ zu lösen. Ob man dazu am besten Schottland in die Unabhängigkeit entlassen oder den Dezentralisierungsprozess beenden sollte, sagt er nicht; einen Mittelweg jedenfalls scheint es für ihn nicht zu geben.

In Zeitungskolumnen und in politischen Zeitschriften wie dem *Spectator* und dem *New Statesman* läuft die Debatte über *Englishness* weiter; beide Zeitschriften widmeten diesem Thema im April ihre

Titelgeschichten. Die Debatte ist jedoch keineswegs einheitlich. Niemand scheint sich genau darüber im Klaren zu sein, worum es bei den allgemeinen Bedenken eigentlich geht, und noch weniger ist man sich darüber im Klaren, wie verfahren werden müsste, wenn das Problem erst einmal definiert wäre.

Michael Bywater hat im *New Statesman* sehr treffend beschrieben, wie schwierig es ist, sich als Vertreter des freien Welthandels um England Sorgen zu machen:

„Ich bin Engländer. Aber: In meinem Pass steht, ich sei britischer Bürger; in meiner Postanschrift steht ‚Vereinigtes Königreich‘; meine Steuern zahle ich, wenn es gar nicht mehr anders geht, an Ihre Britanische Majestät; mein Essen wird von Brüssel aus genormt; meine Hosen stammen aus Australien, mein Hemd aus Amerika, meine Schuhe aus Frankreich, meine Uhr aus der Schweiz und meine Brille aus Deutschland; ich dufte nach österreichischem Parfüm, telefoniere mit einem finnischen Handy, fahre ein japanisches Auto, arbeite an einem irischen Computer und koche wie ein Franzose ...“

Sein Pendant David Lawday führt aus, dass die Europäer mehr Steuern zahlen als wir in Großbritannien und dafür auch bessere Dienstleistungen in Anspruch nehmen können, und dass die Engländer, wenn sie nur einmal vernünftig hedonistisch rechnen würden, durchaus in der Lage wären, die relativen Vorteile gegeneinander abzuwägen. Er deutet sogar an, dass, „wenn die Herren Blair und Brown ihren Hochmut einmal bezähmen und nicht mehr so laut darüber reden wollten, dass Europa uns nacheifern müsse, es durchaus möglich wäre, dass die Einheitswährung in der Öffentlichkeit recht bald als Gewinn betrachtet werden könnte.“

In letzterer Hinsicht kann man mit Lawday nur schwer einer Meinung sein. Ausgewogene Beurteilungen unserer Beziehungen zu Europa sind in Großbritannien keineswegs an der Tagesordnung, mehr noch: Informationen, die als Grundlage für eine entsprechende Debatte hätten dienen können, fließen nur spärlich, weil sich kaum jemand dafür interessiert. Als man sich bei BMW entschlossen hatte, Rover zu schließen, wurde deutschen Beobachtern bezeichnenderweise häufig die Frage gestellt, warum man diese Entscheidung vor den britischen Ministern

und anderen Regierungsvertretern geheim gehalten habe, worauf sie antworteten, in den deutschen Zeitungen spekuliere man seit Wochen darüber. Ganz offensichtlich ist es so, dass britische Minister und Regierungsvertreter nie eine deutsche Zeitung in die Hand nehmen oder sich über ihren Inhalt informieren lassen würden, während man auf dem europäischen Kontinent die britische Presse genau verfolgt.

Hugo Young ist keineswegs der erste, der versucht hat, die vielen dünnen Fäden, die Großbritannien und die Europäische Union recht unsicher miteinander verbinden, zu einem Bündel zusammenzufassen. Auch Sir Roy Denman, früher Botschafter bei der EU, hat mit dem Buch *Missed Chances* (Cassel, 1996) seinen eigenen wortgewaltigen und beeindruckenden Beitrag geleistet, in dem er genau darlegt, dass Whitehall sowohl bei als auch nach dem Beitritt zur EU weder willens noch bereit war, eine konstruktive Rolle zu spielen oder die Tagesordnung mitzugestalten.

Mit seiner Autorität als einer der angesehensten politischen Kommentatoren Großbritanniens verbreitet und vertieft Hugo Young Denmans Ansatz. Der Titel seines Buchs stammt aus Shakespeares *Richard II*, und wir tun gut daran, uns diese Zeilen noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, denn in der persönlichen Haltung vieler einflussreicher Engländer und Engländerinnen klingen sie heute noch nach.

■ Hugo Young, *This Blessed Plot – Britain and Europe from Churchill to Blair*, Macmillan, London 1998.

*This royal throne of kings,
this scepter'd isle,
This earth of majesty, this seat of Mars,
This other Eden, demi-paradise,
This fortress built by Nature for herself
Against infection and the hand of war,
This happy breed of men, this little world,
This precious stone set in the silver sea,
Which serves it in the office of a wall,
Or as a moat defensive to a house,
Against the envy of less happier lands,
This blessed plot, this earth, this realm, this England.*

(Richard II., 2. Akt, 1. Szene)

Young kommt in seiner Arbeit zu zwei Schlussfolgerungen. Als erstes stellt er fest, dass für Großbritannien „der Beitritt zu Europa eine Niederlage darstellte, ein ungewolltes Schicksal, eine Notwendigkeit, die man schließlich als letzten Ausweg für eine frühere Großmacht widerwillig akzeptierte; niemals jedoch wurde dieser Beitritt als ein Höhepunkt empfunden, als triumphierende Teilnahme am Aufbau Europas.“

Obwohl sich Hugo Young über seine zweite Schlussfolgerung nicht ganz so sicher zu sein scheint, vertritt er dennoch die Meinung, dass „Fehlurteile in der hohen Politik sich wie ein roter Faden durch die Geschichte dieses Prozesses ziehen“.

Dass Großbritannien nunmehr seinen festen Platz in der EU gefunden hat, ist seiner Meinung nach kein Ruhmesblatt für eine politische Klasse, die nie an eine solche Möglichkeit geglaubt hatte. „Diejenigen, die Fehler begingen, hatten dafür durchaus Gründe, aber aus den nachfolgenden Ereignissen geht ganz deutlich hervor, dass sich hier das politische Urteilsvermögen viel zu lange der emotionalen Verbundenheit mit den kulturellen und historischen Eigenheiten Großbritanniens unterordnen musste“.

Diese Diagnose kann man zum Teil akzeptieren. Mit Bezug auf seine erste These kann kaum Zweifel daran bestehen, dass Großbritannien jeder Art von europäischer Integration ablehnend gegenüberstand, die von ihrem Ausmaß her in etwa der Ära Kohl-Mitterrand-Delors entsprach; dass das Land sich nur sehr unbeholfen an der Aufstellung der europäischen Tagesordnung beteiligt hat; und dass sich die Haltung der Öffentlichkeit, die die Mitwirkung in Europa nie mehr als halbherzig unterstützte, sich seit der Einführung des Euro merklich abgekühlt hat, obwohl man immer noch nach einer Art Mitgliedschaft sucht, die lockerer und flexibler ist als das, was gelegentlich angeboten wird.

Im mittleren und rechten Bereich des politischen Spektrums ist es aus zwei Gründen besonders bemerkenswert, dass die konservative Partei sich als fähig erwiesen hat, nach dem Vertrag von Maastricht sechs oder sieben Jahre lang hypothetische und theoretische Streitgespräche und damit eine Art Bürgerkrieg zu führen.

Zunächst einmal wurde der – anfänglich von den Euroskeptikern gelobte – Erfolg des früheren Premierministers John Major beim Aushandeln von Ausnahmeregelungen zu den Bestimmungen des Maastrichter Vertrages über die Einheitswährung und das Sozialkapitel sehr schnell allgemein verurteilt. Fast schien es, als ob die Kritiker der Meinung seien, dass Großbritannien seinen Einfluss nicht ausreichend geltend gemacht habe, dass der Erfolg John Major in den Schoß gefallen und seine Haltung zu diesem Thema ganz allgemein viel zu einsichtig sei.

Jedenfalls konnten die Extremisten John Major nie einen handfesten Verrat an ihren Überzeugungen oder an Großbritannien nachweisen; es war die Möglichkeit, verraten und verkauft zu werden, es waren ihre eigenen Ängste, die sie dazu drängten, ihrem glücklosen Führer gegenüber immer ausfallender zu werden. Er wusste, dass die Extremisten wie auch einige Tageszeitungen ihm seinen Erfolg nie verzeihen würden. Ironischerweise hätte es ihm durchaus besser ergehen können, wenn er einerseits der Integration größere Zugeständnisse gemacht hätte (wie dies Margaret Thatcher ohne jeden Zweifel tat, als sie der europäischen Einheitsakte und den damit verbundenen Regelungen zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit zustimmte) und sich dabei gleichzeitig bei seinen öffentlichen Auftritten – wie es Frau Thatcher in ihrer Brügger Rede tat – deutlicher negativ geäußert hätte.

Es ist möglich, dass John Majors Scheitern teilweise seiner Unfähigkeit zuzuschreiben war, die Vision eines neuen Großbritanniens – oder auch nur eines kriegerischen Großbritanniens alter Art – zu beschwören. Dabei ist sein Erfolg im Golfkrieg, der dem Triumph Margaret Thatchers im Falkland-Konflikt gleichzusetzen ist, ohne Bedeutung. Meiner Meinung nach hat Hugo Young insoweit recht, als man sagen kann, dass es – auch nach Meinung der anderen hier besprochenen Autoren – kaum eine allgemeingültige Vision über die zukünftige Rolle Englands im Vereinigten Königreich und über die Rolle des Vereinigten Königreichs in der Welt gibt.

Als man bei dem Think-Tank Demos mit einer Studie über den Imagewandel Großbritanniens begann, hatte das durchaus seine Berechtigung. Ein Historiker hat die Engländer einmal als ein „höfli-

ches, kommerzielles Volk“ beschrieben, aber es ist uns bislang noch nicht gelungen, aus unseren neuerworbenen Fähigkeiten ein einheitliches Image zu zimmern. Die Persönlichkeit John Majors bestand aus einer eigenartigen, nicht sehr haltbaren Mischung verschiedener Elemente: Sein Aufstieg war auf Verdienste gegründet, nicht aber auf Erfolge, und ganz sicher nicht auf Erfolge in der Bildung; seine gemütlche, einsichtige Art war zwar für Mittelengland attraktiv, hatte aber der leistungsorientierten Gesellschaft nichts zu sagen; seine Verbindungen zur Geschäftswelt waren eher dürftig; er hatte ein starkes und von einem Großteil der Bevölkerung geteiltes Interesse am Sport; seine sprachlichen Fähigkeiten waren begrenzt; er entwickelte nur ungern Konzepte; und es war sein Wunsch, in einer aggressiv klassenbewussten Gesellschaft die Klassenlosigkeit oder zumindest die soziale Gleichstellung einzuführen.

All das wäre wahrscheinlich zu bewältigen gewesen, hätten die Minister und Hinterbänkler, die Major unterstützten (und sein Hang zu Seilschaften war durchaus bekannt), sich nicht als so jämmerlich inkompetent erwiesen und bei der Formulierung der politischen Richtlinien wie bei der Erfüllung ihrer Pflichten so viele moralische Haken geschlagen. Im Rückblick beweist dieser Mangel an Seriosität wie auch das Fehlen einer Vision, dass die Engländer am System Thatcher durchaus mehr zu schätzen wussten, als sie manchmal zugeben wollten: die Dynamik, die Überzeugungskraft, die Kompetenz. Da man in England nicht wusste, wohin man sich wenden und worauf man sich konzentrieren sollte, war ein Vakuum entstanden, und man hatte Angst davor, dass dieses Vakuum durch die europäische Integration ausgefüllt werden könnte. Wie sich die Engländer Mitte des 16. Jahrhunderts darin einig waren, dass sich der Hoheitsbereich des Bischofs von Rom nicht auf das Königreich England erstreckte, so sind sie heute nur in ganz geringem Ausmaß dazu bereit, sich mit dem abzufinden, was sie als die Bevormundung durch Brüssel betrachten.

Diese Bruchlinie wird die Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU auch weiterhin auf die Probe stellen. Alles, was als Zumutung angesehen wird, ruft Widerstand hervor, und deswegen kommt

Großbritannien immer zu spät. Was offensichtlich funktioniert, wird unter Murren akzeptiert; deshalb ist Großbritannien immer mehr oder weniger involviert. Außerdem haben wir Schwierigkeiten damit, die Tagesordnung aufzustellen – nicht, weil es an einer offiziellen britischen Haltung oder Ansicht über die zukünftige Entwicklung Europas fehlte – die Politiker beider Volksparteien sind nur allzu gern bereit, Europa mit erhobenem Zeigefinger darüber zu belehren, wie viel erfolgreicher es doch sein könnte, wenn man sich die britische Vorgehensweise *en bloc* zu eigen mache. Nein, der Grund besteht darin, dass sich Großbritannien institutionell noch nicht darauf eingerichtet hat, die zentrale Bedeutung der europäischen Institutionen für die eigene Zukunft anzuerkennen.

Whitehall und Westminster verhalten sich ganz so, als ob die EU ein fünftes Rad am Wagen sei, nicht aber wie Partner, die an einem neuen Modell mitarbeiten. Unter den Beamten gibt es nur wenige Anzeichen einer Integration mit den Ansprechpartnern in Frankreich und Deutschland, von den Mitarbeitern der Kommission ganz zu schweigen. Für Derartiges zuständig ist die ständige Vertretung zusammen mit einer Handvoll Enthusiasten im Außenministerium und in der Staatskanzlei. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die jetzige Regierung sich durchaus anstrengt, einen fühlbareren Einfluss auszuüben, der zugegebenermaßen durchaus auch Früchte in Form der überraschend marktorientierten Ergebnisse des Lissabonner Gipfels getragen hat. Die Kluft besteht dennoch weiter, und sie wird sich vielleicht erst nach einer Erweiterung der EU wieder schließen.

Zu der allgemeinen Verwirrung der Engländer über ihre Rolle in Europa passt ihre mangelnde Einsicht in die Auswirkungen der europäischen Partnerschaft auf die Entwicklung ihrer Verfassung. In seinem von Prinzessin Margriet der Niederlande mit einer Einführung versehenen Buch erinnert uns John Pinder in einer Reihe lehrreicher Essays an die Schlüsselfunktionen der parlamentarischen Demokratie in England: Ein Land, das noch im 17. Jahrhundert mit zu den instabilsten, von ständigen Fehden und Revolutionen zerrissenen Ländern Europas zählte, war im 18. Jahrhundert stabil und geeint wie kaum ein anderes. Pinder überprüft in seinen Essays

■ John Pinder (Hrsg.), *Foundations of Democracy in the European Union – From the Genesis of Parliamentary Democracy to the European Parliament*, Macmillan and European Cultural Foundation, 1999.

noch einmal den Einfluss Wilhelms von Oranien. Bemerkenswert ist dabei, wie sehr der Übergang zur parlamentarischen Regierungsform durch die Traditionen der Niederländer und sogar durch die Stärke der von Wilhelm gesammelten Streitkräfte beeinflusst wurde. Wie der Herausgeber sagt, wurde es damit für Wilhelm möglich, „sein Ziel zu erreichen und eine absolutistische Hegemonie in Europa zu vereiteln; ein Beispiel, dem Großbritannien in Krisenzeiten der europäischen Geschichte noch wesentlich folgen sollte“.

Ist es möglich, dass ein solcher Prozess der demokratischen Entwicklung in Europa in diesem Moment stattfindet? Ist es weiterhin möglich, dass die vordemokratischen Institutionen der europäischen Union sich zu Spiegelbildern einer nationalen Exekutive und Legislative auf europäischer Ebene entwickeln können? John Pinders Buch bietet überwältigend viel Wissenswertes und guten Willen; es bezieht sich zum großen Teil auf den Austausch demokratischer Werte und Institutionen, bei dem Großbritannien nicht zuletzt in diesem Jahrhundert eine bedeutende Rolle gespielt hat. Kann es sein, dass auf die Übernahme des demokratischen Systems der Niederlande, aus der Großbritannien so großen Nutzen gezogen hat, und auf die spätere Entwicklung der repräsentativen Regierungsform und der Rechtsstaatlichkeit aufgrund der in Amerika und Europa geltenden Rechte ein weiterer Wandel hin zur Demokratie auf europäischer Ebene folgen sollte? Die wachsende Zahl verfassungsähnlicher Konstrukte wie die geplante Charta der Menschenrechte und das wachsende Interesse an einer verfassungsmäßigen Regelung für Europa scheinen in diese Richtung zu deuten. Andererseits kann ich in diesem Land in der öffentlichen Meinung nichts erkennen, was auf eine derartige Übertragung oder einen solchen Austausch hindeutet, und ich glaube, ich bin mir hierin mit John Pinder einig. Wie er eher resigniert andeutet, ist sich die britische Öffentlichkeit kaum darüber im Klaren, wie weit die EU unter dem Einfluss des Common Law und anderer britischer Verfahrensweisen steht. Bei einer Konferenz über bürgerliches Recht, die vor kurzem stattfand, betonten die anwesenden Juristen immer wieder, Großbritannien habe auf die Verfahren zur Wirtschafts-

führung und zum Ausbau ethischer Normen im parlamentarischen und öffentlichen Leben im Rahmen eines sich ständig wandelnden kontinentalen Modells großen Einfluss ausgeübt. Wie Pinder bemerkt, „können sich die Briten überlegen, ob sie sich an der Entwicklung der europäischen Demokratie beteiligen oder aber sich zurückhalten wollen“.

Falls Letzteres der Fall sein sollte, werden dafür verschiedene Gründe maßgeblich sein: die bereits zu Anfang besprochene Unsicherheit der Briten über ihre eigene gesellschaftliche und verfassungsrechtliche Zukunft; die alte Gewohnheit, auf der europäischen Bühne zu spät aufzutreten; die andauernde Unfähigkeit unserer Institutionen, sich mit den europäischen Systemen kurzzuschließen. Vielleicht gibt es aber auch noch einen weiteren Grund: der bewusste Wunsch, erst einmal abzuwarten, ob sich die EU wirklich zu einem lockeren, flexiblen, mehrgleisigen europäischen Verbund entwickelt, der auch nach seiner Erweiterung noch als Markt funktionsfähig bleibt und – nach den Worten von Douglas Hurd – „routinemäßig und hauptsächlich auf Regierungsebene zusammenarbeitet“.

Vielleicht werden wir es in Europa erleben, dass sich der Einfluss der Regierungen und der Politiker in dem Maße abschwächt, in dem bei der Regulierung des Marktes statt politischer Eingriffe immer mehr Fachbehörden in den Vordergrund treten. Ironischerweise hat es die europäische Kommission, die ausgewiesenste Expertengruppe an sich, genau zu dem Zeitpunkt, da dieser Prozess allmählich erkennbar wird, fertiggebracht, an der Funktionsfähigkeit ihrer Systeme und der Standfestigkeit ihres Modells schwere Zweifel zu wecken. Noch viel ironischer ist es, dass die Entscheidung, als wichtigste Maßnahme zur Unterstützung der nächsten Stufe der politischen und wirtschaftlichen Integration die Einheitswährung einzuführen, zumindest bis zum heutigen Tag vor den wichtigsten Meinungsführern der Weltwirtschaft, den Währungsmärkten, noch keine Gnade gefunden hat. Für Großbritannien, das in den Anfangsjahren des neuen Jahrtausends immer noch um die eigene Identität kämpft, könnte es sich als schwierig erweisen, die Entwicklungen in Europa nicht mehr gewohnheitsmäßig aufmerksam und distanziert zu beobachten.

Dass Jacques Delors, François Mitterrand und Helmut Kohl mittlerweile die politische Bühne verlassen haben, ist vielleicht für diejenigen Briten ermutigend, die bei der Gestaltung der europäischen Zukunft gerne eine konstruktivere Rolle spielen würden. Wenn aber wirkliche Fortschritte gemacht werden sollen, müssen wahrscheinlich deutlichere Signale zur zukünftigen Entwicklung Europas gesetzt und ein verfeinertes Flexibilitätskonzept entwickelt werden, nach dem kein Mitgliedsland zu Schritten gezwungen werden kann, die über das von ihm angestrebte Ziel hinausgehen. Wenn weniger Druck auf sie ausgeübt wird, könnten die Briten ironischerweise eher bereit sein, sich an erfolgreichen Institutionen zu beteiligen, deren Entwicklung sie aus sicherer Entfernung schon jahrelang beobachtet haben, geschützt durch *the silver sea which serves [...] as a moat defensive to a house* (Richard II, 2. Szene, 1. Akt).